

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Husak gibt weiteres Amt ab

Der tschechoslowakische Staatspräsident Gustav Husak hat am Mittwoch seinen Vorsitz in der Nationalen Front an seinen Amtsnachfolger im Sekretariat des Partei-ZKs, Milos Jakes, abgetreten. Die Nationale Front ist das Dach aller politischen und gesellschaftlichen Organisationen des Landes.

Indische Bauern im Essstreik

Mit einem Essstreik versuchen rund 500 000 Bauern in der nordindischen Stadt Meerut im Staat Uttar Pradesh seit 8 Tagen die Regierung Gandhi zur Erfüllung von über 30 Forderungen zu bringen. Nicht zuletzt die Dürre des vergangenen Jahres hat die Bauern in eine Notlage gebracht.

VOLKSBLATT-Olympia-Wettbewerb

Preise im Werte von 1500 Franken zu gewinnen

(ch) - Sportfreunde aufgepasst! In einer Gemeinschaftsaktion mit dem Sporthaus Steuble, Vaduz, lanciert die VOLKSBLATT-Sportredaktion einen grossen Olympia-Wettbewerb! Unsere Frage: Wie heissen bei den alpinen Skibewerben in Calgary die Medaillengewinner? Das Mitmachen lohnt sich: Sport Steuble stellt für die Gewinner Warengutscheine im Werte von 1500 Franken zur Verfügung! Die Bedingungen sind einfach: Sie brauchen nur den Wettbewerbs-Talon, der heute im Sportteil erstmals veröffentlicht wird, auszufüllen und bis spätestens 13. Februar (Poststempel) an uns zu senden. Für jeden Volltreffer (Läufer/in auf dem richtigen Medaillenplatz) gibt es drei Punkte. Wer eine(n) Läufer(in) in die Medaillengänge setzt, aber nicht auf den richtigen Platz, erhält noch einen Punkt. Pro Person ist nur eine Einsendung möglich. Das Mindestalter beträgt 10 Jahre. Wir wünschen schon jetzt allen Teilnehmern viel Spass und Erfolg!

Nebenbei

Der Jugendschutz steht, den Äusserungen unserer Politiker im Zusammenhang mit der Schliessung der Bar «Al Capone» zufolge, im Vordergrund. Schliesslich besteht seit einigen Jahren auch ein entsprechendes Gesetz. «Es ist dringend erforderlich, dass diesen Bestimmungen aber auch Nachachtung verschafft wird», erklärte Regierungschef Hans Brunhart dazu. Wenn das Volk diesen Satz prägen würde, so wäre es eine Aufforderung an die verantwortlichen Politiker. Wen aber fordert der Regierungschef auf? Etwa sich selber?

Die ideale Verbindung: Brillanten und Perlen

Tausende Zuchtperlen und Hunderte Gold-Schmessen



DIAMANT-HAUS
Vaduz, Herrengasse 27, Tel.: 075 2 90 90
(Frei- und Samstag geschlossen)

Trennung in politische Gemeinde und Bürgergemeinde?

Das überarbeitete Gemeindegesezt soll noch im Frühjahr der Regierung vorliegen

Das Gemeindegesezt, das in vielen Teilen nicht mehr der heutigen Zeit entspricht, befindet sich derzeit in Überarbeitung. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hofft, der Regierung noch in diesem Frühjahr einen Entwurf zu einem neuen Gemeindegesezt vorlegen zu können. Eine Kommission unter seinem Vorsitz hat sich in den letzten Monaten intensiv mit einer Gesetzesvorlage beschäftigt.

Das Gemeindegesezt, vor allem die Bestimmung über das Stimmrecht der Bürger und der aus anderen Gemeinden zugezogenen Stimmbürger, war in der Vergangenheit immer dann zur Aktualität geworden, wenn über das Frauenstimmrecht diskutiert wurde. Die Regierung befasste sich mit dieser Problematik im Zusammenhang mit der Vorlage über die Einführung des Frauenstimmrechts und stellte 1983 in einem Bericht an den Landtag fest, als «einzig gangbarer Weg» bleibe aus dem Dilemma «nur die klare Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde».

Vernehmlassung in den Gemeinden

Die Revision des Gemeindegesezts wurde in der Folge einer Kommission übertragen, die in der Folge einen umfangreichen Bericht ausarbeitete, der den

Gemeinden zur Stellungnahme übermittle wurde. Die Gemeinden hatten ihre Stellungnahme zu einem Fragenkatalog von 37 verschiedenen Fragen abzugeben, deren Beantwortung der Regierung seit Ende 1985 vorliegt. Nach einer Mitteilung der Regierung im Frühjahr 1986 konnte in den Hauptpunkten, beispielsweise der Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde, eine grundsätzliche Übereinstimmung der Gemeinden erzielt werden.

Aufgaben der Gemeinden

Diese Aufteilung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde drängt sich nach einer früheren Feststellung der Regierung auf, weil auf das Gemeindebürgerrecht nicht einfach verzichtet werden könne. Doch durch die Verlagerung von Kompetenzen und Aufgaben von der Gemeinde auf den Staat habe das Gemeindebürgerrecht viel von seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Nach dem geltenden Recht ist das oberste Organ der Gemeinde die Gemeindeversammlung. Neben dieser Gemeindeversammlung besteht die Bürgerversammlung, die aus den in der Gemeinde wohnhaften stimmberechtigten Gemeindebürgern gebildet wird. Die nicht in der Heimatgemeinde wohnhaften Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sind demnach in der Bür-

gerversammlung weder in ihrer Heimatgemeinde noch in ihrer Wohngemeinde stimmberechtigt. Und damit sind sie auch bei verschiedenen Angelegenheiten - etwa bei Einbürgerungsfragen oder Änderung der Gemeindegrenzen wie des Bürgernutzens - von der Mitbestimmung ausgeschlossen.

Mit der Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde sollen diese Probleme gelöst oder entschärft werden. Nach Abschluss eines weiteren Vernehmlassungsverfahrens wird sich die Regierung, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ankündigte, mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage befassen. Die erneute Vernehmlassung in den Gemeinden hat nach seinen Worten den Zweck, die Gemeinden prüfen zu lassen, wieweit ihre Vorstellungen aus dem ersten Vernehmlassungsverfahren in die Regierungsvorlage eingeflossen sind.

Aber auch das Volk soll zu gegebener Zeit informiert werden, in welche Richtung das neue Gemeindegesezt geht, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille. Das Volk wird durch diesen Einbezug in das Gesetzgebungsverfahren zur Mitentscheidung aufgefordert, bevor die fertige Vorlage dem Landtag zur Behandlung vorgelegt wird. (G.M.)

KOMMENTAR

Die Regierung hat die Weiterführung der Perspektivstudie über die liechtensteinische Wirtschaft, deren erster Teil bereits 1982 erschienen ist, in Auftrag gegeben.

Zwei Dinge sind es, die bei dieser Ankündigung stutzig machen oder zumindest einige Fragen aufwerfen. Einerseits vermittelte die Regierung den Eindruck, als ob höhere Einsicht dazu geführt habe, diesen Auftrag zu erteilen, die vorliegende Perspektivstudie nach einer allgemeinen Übersicht auch branchenmässig zu vervollständigen. Bei näherem Hinschauen wird erkennbar, dass das Institut für Zukunftsforschung an der Hochschule St. Gallen bereits vor fünf Jahren den Vorschlag unterbreitete, zur Vertiefung der erstellten Analyse und Perspektive ein Anschlussgutachten zu erarbeiten. Somit reduziert sich die Ankündigung auf das Nachfassen einer längst erkannten Notwendigkeit.

Die zweite Frage erhebt sich über den Nutzen einer solchen Studie. Zweifellos enthält sie, wie bereits die veröffentlichten Analysen und Perspektiven unserer Wirt-

Was soll geschehen?

schaft, wertvolle Anregungen. Allein diese nützen wenig, wenn sie nicht zu einer Umsetzung in der Politik führen. Die erste Studie beschäftigte sich in erster Linie mit dem Arbeitsmarkt in unserem Land und tangierte in diesem Zusammenhang die Ausländerpolitik des Staates. Die Szenarien wurden in drei Varianten - von der Weiterführung der bisherigen Politik bis zur restriktiveren Zulassungspolitik für ausländische Arbeitskräfte - recht eindrücklich dargelegt. Doch was ist daraus geworden?

In den abschliessenden Bemerkungen des Berichtes hiess es, die ermittelten Daten und die Perspektiven sollten letztlich «in ein für die Zukunftsentwicklung Liechtensteins massgebendes und eine viel breitere Problematik widerspiegelndes Leitbild für das Fürstentum Liechtenstein einfließen».

Für ein solches wirtschaftliches Leitbild jedoch fehlt bisher jeder Anstoss. Die Ausländerpolitik wird unbeachtet der in der Studie enthaltenen Perspektiven nicht auf weite Sicht, sondern als Tagespolitik mit entsprechend kurzfristiger Auswirkung betrieben. Nicht einmal die Kritik der Studie, dass die statistischen Materialien und die Möglichkeiten der Erhebung notwendiger Daten mehr als dürftig seien, wurde von der Regierung mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zur Kenntnis genommen.

Allein deshalb, weil nach einem Bericht keine Reaktion erfolgt, sondern nur über den Bericht lange und ausführlich gesprochen wird, ist eine gewisse Skepsis angebracht gegenüber einer branchenmässigen Perspektivstudie. Es bleibt zu befürchten, dass sie letztlich nicht dem Zwecke dient, für das sie eigentlich geschaffen wird. (G.M.)

Der europäische Zug fährt noch ohne uns

In unserem Land liegt noch keine Konzeption zur Annäherung an die EG vor

Die klare Stellungnahme des schweizerischen Bundesrates Delamuraz an der Brüsseler Ministertagung von EG- und EFTA-Ländern, die Schweiz sei gegenwärtig nicht an einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft interessiert, strebe aber eine engere Zusammenarbeit an, hat unserem Land nochmals eine Verschnaufpause verschafft. Aufgrund des schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrages wird die EG-Politik der Schweiz auch weiterhin für unser Land massgebend sein, doch würde dieser Umstand Liechtenstein eigentlich nicht der Verpflichtung entheben, sich Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft zu machen. Noch aber ist nichts geschehen.

Der EG-Raum mit seinen zwölf Mitgliedsländern ist für die liechtensteinische Wirtschaft wichtiger als das Integrationsgebiet der EFTA-Staaten geworden. Im Jahre 1986 beispielsweise flossen 40 Prozent der wertmässigen Ausfuhren in den EG-Bereich, während in die EFTA-Staaten (inklusive der Schweiz) nur 25,8 Prozent der Exporte gingen. Gegenüber dem Vorjahr hatten sich die EG-Exporte um 30 Prozent erhöht, wogegen die EFAT-Ausfuhren lediglich um 1,9 Prozent anstiegen.

1992: Magisches Datum

Bis 1992 möchte die EG einen «homogenen und dynamischen Wirtschaftsraum» schaffen, was auch die Staaten des kleineren EFTA-Integra-

tionsbündnisses, die durch Freihandelsabkommen mit dem grösseren Partner verbunden sind, zu Bewegung und zum Überdenken ihrer gegenwärtigen sowie vor allem zukünftigen Position zwingt. Für die Schweiz hat sich Bundesrat Delamuraz erklärt, in der Schweiz hat der österreichische Bundeskanzler Vranitzky seine Vorstellungen erläutert. Eine Vollmitgliedschaft kommt offenbar für beide Staaten mit Blick auf ihren Neutralitätsstatus sowie auf die Arbeitsmarktsituation nicht in Frage. Aber beide sind an einer weiteren Annäherung an die EG interessiert, wenn auch nicht im gleichen Umfang. Und wie steht es mit Liechtenstein?

Viele Worte und Unklarheit

Natürlich kann unser Land keine ei-

genen Wege gehen, aber es kann, sofern die notwendigen Vorarbeiten geleistet worden sind, seine Position erläutern. Vorerst sind nur viele Worte gemacht worden, die Unklarheit über den Weg und vor allem darüber, ob sich jemand jemals ernsthaft Gedanken gemacht hat, bleibt bestehen. Die Regierung hat zwar in ihrem Bericht über die künftige Aussenpolitik erklärt, das Problem EG-EFTA sei von «vorrangiger Bedeutung», doch dann folgten nur unklare Vorstellungen: Für Liechtenstein stünden jene Bereiche im Vordergrund, die vertraglich nicht erfasst seien - und im übrigen wäre es «von weitreichender Bedeutung», wenn die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit Brüssel auf eine «grundlegend neue Basis» stellen würde. (G.M.)

Verschärfte EG-Abgasregelung

Luftbelastung durch Autoabgase in der EG soll gesenkt werden

Brüssel (AP) Anfang der 90er Jahre soll die effektive Luftbelastung durch Autoabgase in der Europäischen Gemeinschaft niedriger sein als in den Vereinigten Staaten. Darauf zielt eine am Mittwoch in Brüssel von der EG-Kommission unternommene Initiative zur Reduzierung des Schadstoffausstosses von Fahrzeugen mit geringerem Hubraum als 1,4 Liter. Für die Fahrzeuge höherer Klassen hatte sich der EG-Ministerrat nach jahrelangen Diskussionen Ende des vergangenen Jahres auf Höchstwerte geeinigt. Die nun von der Kommission vorgeschlagenen neuen Werte für kleine Modelle könnten vom Ministerrat mit Mehrheit angenommen werden und nach den Vorstellungen der Brüsseler Behörde für neue Fahrzeugmodelle am 1. Oktober 1992 in Kraft treten, für alle Neuzulassungen dann ein Jahr später.

Anfang der 90er Jahre werden nach Brüsseler Berechnungen 60 Prozent aller

in der Gemeinschaft zugelassenen Fahrzeuge über die kleineren Motoren verfügen, die heute etwa 45 Prozent des gesamten aus dem Autoverkehr stammenden Stickstoffoxides produzieren. Nach den bereits verabschiedeten neuen Grenzwerten für stärkere Fahrzeuge dürfte sich der derzeit zu verzeichnende Stickstoffanfall von 3,17 Millionen Tonnen pro Jahr in der EG auf 1,67 Millionen Tonnen reduzieren.

Die Neuregelung für Kleinwagen brächte nach Schätzungen der Kommission eine weitere Reduzierung auf 1,33 Millionen Tonnen. Das wären dann weniger als der Durchschnittswert in den Vereinigten Staaten (1,53 Millionen Tonnen). Damit, so hiess es am Mittwoch bei der Kommission, wäre die Selbstverpflichtung des EG-Ministerrats eingelöst, den amerikanischen Umweltnormen vergleichbare Werte für die Gemeinschaft zu schaffen.

Schwesternstreik

London (spk/dpa) Tausende von Krankenschwestern beteiligten sich am Mittwoch am bisher grössten Streik des britischen Pflegepersonals. Mit dem Streik wollen die Schwestern, die zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitskräften des Landes gehören, Gehaltserhöhungen durchsetzen.

Rund 30 Prozent erhalten monatlich weniger als 600 Pfund. Nachrichten, dass die Regierung in diesem Jahr Gehaltserhöhungen auf 3 Prozent und damit 1,5 Prozent unter der Inflationsgrenze begrenzen wolle, heizten am Mittwoch die Unruhe unter dem Pflegepersonal weiter an.

Die Gewerkschaften fordern, die Mittel für das National Health System (NHS) um mindestens 1,1 Mrd Pfund im Jahr aufzustocken. Die Krise im National Health System, das jedem Briten eine Gratis-Krankenversorgung garantieren soll, ist inzwischen so gross, dass es in der Öffentlichkeit als wichtigstes soziales Problem vor der Arbeitslosigkeit angesehen wird. Dutzende von Krankenhäusern haben schliessen müssen.

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16 office